

Platz abbeck

Nr. 3, Mai 2006

DIE LINKE.KÖLN

Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de

Über 1000 Postkarten sind an Oberbürgermeister Schramma auf den Weg geschickt: „Her mit den Ausbildungsplätzen – Stadt Köln muss Jugend Perspektive bieten“ ist dort zu lesen. Auf der Rückseite: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma, wir fordern mit dem Rat der Stadt Köln zusätzlich 100 Ausbildungsplätze jetzt und mindestens eine 6%ige

OB Schramma muss Ratsbeschluss zur Ausbildung schnell umsetzen

Ausbildungsquote ab 2007 für die Stadt Köln und ihre Betriebe.“ Der ver.di Bezirk Köln fordert in einem Flugblatt: „Wir erwarten nunmehr eine zügige Umsetzung des Beschlusses, da die Ausbildungsgänge zum 1.9.2006 beginnen. Dies bedeutet, insbesondere im städti-

den OB vollmundig versprochen, dass auf der kommenden Ratssitzung eine Verwaltungsvorlage vorliegen wird. Bei Redaktionsschluss am Tag davor gab es aber noch keine.

Eine Verwaltungsvorlage, die sogar der Stadtkämmerer unterstützt, schmort beim

Oberbürgermeister. Angeblich sei die Finanzierung nicht gesichert, hört man aus dessen Büro. Sonderbar, wenn der Stadtkämmerer auf ausdrückliche Nachfrage die 100 Ausbildungsplätze für finanzierbar hält.

Die Stadt Köln bildet mit einer Quote von 3,7% weit unter dem Durchschnitt aus. 100 zusätzliche Ausbildungsplätze sind ein Anfang, das zu verändern. OB Schramma kann in der Öffentlichkeit nicht

scheinheilig für mehr Ausbildungsplätze werben und selber nichts unternehmen. Die Linke.Köln wird in der Frage nicht locker lassen. Deshalb ist es wichtig, die Demonstration der Gewerkschaftsjugend am 20. Mai zu unterstützen!
Jörg Detjen, Özlem Demirel



schen Verwaltungs- und gewerblich-technischem Bereich die Ausbildungsfelder festzulegen, um die Abschlüsse der zusätzlichen 100 Ausbildungsverträge zu realisieren.“

Auf dem Empfang der Stadt Köln zum 1. Mai hat Bürgermeister Müller in Vertretung für

Ausbildung und Arbeit für alle! Sa, 20.05.2006 Demonstration der DGB-Jugend

Wir wollen keine leeren Versprechungen mehr! Wir wollen eine Zukunftsperspektive! Hierfür benötigen wir:

- ▶ Einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz für jeden!
- ▶ Tariflich bezahlten Lohn, von dem man leben kann!
- ▶ Kostenlosen Zugang zu allen Bildungswegen!

Beteilige dich an der Demonstration und der Kundgebung! Wir sehen uns am 20. Mai 2006 um 5 nach 12 (12.05 Uhr) am Hans-Böckler-Platz! 11:30 Uhr Aufstellung am Hans-Böckler-Platz, 12:05 Uhr Demonstration (Venloer Straße, Friesenplatz, Magnusstraße, Albertusstraße, Ehrenstraße, Friesenwall, Rudolfplatz), 12:45 Uhr: Kundgebung auf dem Rudolfplatz Redner: Vertreter der DGB Gewerkschaften, zur Ausbildungsplatzsituation und zu gewerkschaftlichen Forderungen Kultur: Mikrophone

Für einen neuen KölnPass!

Am 1. Mai startete eine Initiative für die Wiedereinführung des KölnPasses. Vor sechs Jahren schaffte die schwarz-gelbe Koalition den alten Sozialpass (mit Unterstützung des Abgeordneten der Republikaner) ab. Nun sollen ihn neben ALG II-BezieherInnen und Asylbewerbern auch Menschen mit niedrigem Einkommen wie kinderreiche Familien und Azubis bekommen. Der neue KölnPass soll eine KVB-Monatskarte für 20,70 Euro, 50 % Ermäßigung auf alle anderen KVB-Fahrkarten sowie 50 % Ermäßigung auf städtische kulturelle und sportliche Einrichtungen, Befreiung von Verwaltungsgebühren bei der Stadt und kostenloses Mittagessen in städtischen Ganztagschulen umfassen.

Seit Beginn des Monats sammelt ein Bündnis Unterschriften, zu dem neben den Kölner Erwerbslosen in Aktion, dem Erwerbslosenrat Köln, der Montagsdemo, BürgerInnen gegen Esch-Oppenheim sowie VertreterInnen aus WASG, die Linke.Köln, Gemeinsam gegen Sozialraub und attac auch prominente UnterstützerInnen wie der Kabarettist Heinrich Pacht und die Journalistin Gabriele Gillen gehören.

Die Wiedereinführung des Köln-Pass ist wichtig für die Stadt, um Menschen mit niedrigem Einkommen Mobilität, Teilnahme am kulturellen Leben und das Bedürfnis nach Bildung zu gewährleisten. Auch Menschen in Integrationsmaßnahmen, den sog. Ein-Euro-Jobs,

Fortsetzung Seite 2

www.pds-koeln.de
www.gemeinsam-gegen-sozialraub.de
www.wasg-koeln.de

Ein Wohnungsprojekt der besonderen Art

Im Mai feiert die Initiative BauenWohnen-Arbeiten ihr 10-jähriges Jubiläum. In Ossendorf haben ehemalige Obdachlose für sich und andere insgesamt 46 Wohnungen gebaut. Anlässlich der Jubiläumsfeier hielt Ratsmitglied Michael Kellner eine Rede, die wir in Auszügen dokumentieren.

Wohnen und Arbeiten sind Grundrechte aller Menschen. Sie gehören zur Daseinsvorsorge, und jede Stadt, jedes Land, jede Kommune muss diese Daseinsvorsorge bereitstellen.

Schon seit längerer Zeit erliegen leider viele Kommunen der Versuchung, sie aus finanziellen Gründen in Frage zu stellen und wesentliche Elemente zu privatisieren. Sie erinnern sich vielleicht noch an den Versuch von CDU und FDP im Jahr 2002, die Kölner Wohnungsgesellschaften GAG und GRUBO zu verhökern. Gott sei dank ist der Versuch daneben gegangen. Der Widerstand kam nicht nur zahlreich aus der Bevölkerung, sondern sogar aus den eigenen Reihen!

Zu diesem Umgang mit öffentlichem Eigentum rechne ich auch die mangelnde Bautätigkeit der Stadt im Bereich von öffentlich gefördertem Wohnungsbau bzw. Sozialwohnungen. 2004 lag der Anteil noch bei 11,3 %, Ende 2005 war der Anteil auf 10,7 % gefallen. Das waren 2.300 Sozialwohnungen weniger! Der geplante Totalabriss des Barmer Viertels gehört in die gleiche Kategorie.

Gleichzeitig ist es aber richtig, nicht immer nur darauf zu warten, dass der große Segen von oben kommt, sondern selbst anzupacken. In diesem Sinne freue ich mich über diese Initiative, die genau damit vor 10 Jahren begonnen hat: beherzt selbst zuzupacken und sich die Bedingungen für ein selbst bestimmtes Leben zu schaffen.

Michael Kellner

Proteste gegen Studiengebühren gehen weiter

Am Sonntag, den 7.5. wurde um 20 Uhr das Rektorat der Universität zu Köln von mehreren hunderten Beamten der Kölner Polizei geräumt. Elf Tage zuvor hatten etwa 100 Studierende im Anschluss an eine univerte Vollversammlung das Rektorat besetzt, um so ihrem Widerstand gegen die geplante Einführung von Studiengebühren in Köln eine Stimme zu verschaffen. Den 40 BesetzerInnen gelang es, vom Rektorat aus den Widerstand zu koordinieren und dadurch eine Bewegung an die Uni Köln

Öffentlichkeit von der Sitzung ausgeschlossen, obwohl Senatssitzungen generell öffentlich stattfinden müssen. Nach einer Stunde schlugen und traten sich mehrere PolizistInnen den Weg durch die auch weiterhin friedlichen Studierenden frei. Unter Sprechchören wie „Keine Gewalt“ wurde der Rektor von den PolizistInnen im Rahmen eines völlig unverhältnismäßigen Polizeieinsatzes aus dem Senatssaal geführt.

Am 7. Mai fand die Rektoratsbesetzung mit der Räumung ein Ende. Auch hier war



zu bringen, wie man sie schon lange nicht mehr erleben durfte.

Als am 3. Mai der Senat, das höchste Beschluss fassende Gremium der Uni, tagen sollte, vermuteten Studenten die Einführung von Studiengebühren auf der Tagesordnung. Ca. 2000 potentiell Betroffene verhinderten die Sitzung durch lautstarke, aber friedlichen Protest. Der Rektor hatte sich währenddessen im Senatssaal eingeschlossen und vorab Barrikaden vor den Türen errichten lassen. So wurde die

die völlig überzogene Anzahl an Einsatzkräften (Augenzeugen zählten über 30 Einsatzwagen) charakteristisch für die Kriminalisierung der Proteste. Obwohl die BesetzerInnen das Gebäude friedlich verließen, wurden sie von der Polizei gefilmt, sogar Personalien aufgenommen. Im Anschluss demonstrierten über 200 StudentInnen mit Transparenten, Megaphonen und Sprechchören wie „Wir wollen Bildung – Keine Polizei“ in der Kölner Innenstadt. →

Fortsetzung von Seite 1

sollen in den Genuss dieser Ermäßigungen kommen.

Die Vorstellungen des Bündnisses gehen über das im Kooperationsvertrag von SPD und Grünen geforderte Mobilitätsticket hinaus. Zum einen ist es höchst ungerecht, dass nur ALG II- und Sozialgeld-BezieherInnen mit diesem Ticket reduziert den öffentlichen Nahverkehr nutzen sollen, Niedrigverdiener aber ausgeschlossen bleiben. Zum anderen erscheint dem Bündnis eine 50%-ige Reduzierung der Fahrkosten immer noch zu hoch. 20,70 Euro für eine Monatskarte entspricht dem Fahrtkosten-

anteil im Arbeitslosengeld II, das insgesamt schon zu niedrig ist. Stärker dürfen Arbeitslose und Niedrigverdiener keinesfalls zur Kasse gebeten werden!

Unterschriftenlisten liegen an Info-Ständen, in Bürgerzentren, in Arzt-Praxen, im Uni-Streikzelt und bei politischen Veranstaltungen aus. Sie gibt es aber auch bei allen oben genannten Initiativen und im Büro der Fraktion Die Linke.Köln.

Mit bereits über 1000 gesammelten Unterschriften ist die Aktion erfolgreich angelaufen und findet viel Zustimmung in der Bevölkerung. Alexandra Bersch





Obwohl in den Räumen des Rektorats nun wieder der Alltag eingekehrt ist, ist der Protest gegen die unsäglichen Einschnitte in das Bildungssystem noch lange nicht beendet. Nach der Räumung besetzten Studenten das Büro der Kölner FDP. Am 15. Mai wurde eine Senatssitzung an der FH verhindert – diesmal griff die Polizei nicht ein. Auch zur nächsten Sitzung an der Universität am 24.5. wird mobilisiert. In Düsseldorf kamen zu einer kurzfristig anberaumten Demo mehrere hundert Menschen.

Im Mittelpunkt der Kritik stehen nach wie vor Studiengebühren. Diese würden

kampf gilt aber auch dem so genannten Hochschulfreiheitsgesetz, das einen Hochschulrat als höchstes Entscheidungsgremium etabliert, der zu 50% mit Externen aus der Wirtschaft besetzt ist, um so kapitalistische Interessenvertretung reibungsloser auszuführen zu können.

Wirksam kann der Protest nur werden, wenn sich breite gesellschaftliche Bündnisse gegen Umverteilung von unten nach oben bilden. Deshalb zeigten sich die BesetzerInnen in zahlreichen Aktionen solidarisch mit anderen sozialen Bewegungen, wie etwa dem ver.di-Streik an den Kölner Uni-Kliniken.



das ohnehin schon sozial selektive Bildungssystem verschärfen. Dabei besteht kein wirklicher Unterschied zwischen den geplanten Studiengebühren von 500 Euro pro Semester und dem bereits von der rot-grünen Landesregierung eingeführten Studienkontenmodell.

Der Abwehrkampf gilt aber auch dem so genannten Hochschulfreiheitsgesetz, das einen Hochschulrat als höchstes Entscheidungsgremium etabliert, der zu 50% mit Externen aus der Wirtschaft besetzt ist, um so kapitalistische Interessenvertretung reibungsloser auszuführen zu können.

Es geht also in die zweite Runde. Wer sich genauer informieren möchte, sei auf die offizielle Internetpräsenz der Proteste hingewiesen:
www.radiocat.de

*Benjamin Wernigk,
Jana Schultheiss,
Andrea Kostolnik*
Fotos:
www.radiocat.de

Brief an die Ratsmitglieder im Kuratorium der Universität

Mit einem Brief hat sich die Fraktion die Linke.Köln an die Ratsmitglieder Martin Börschel (SPD) und Ursula Gärtner (CDU) gewandt, die im Kuratorium der Universität sitzen. Dieses Gremium hat sowohl beratende als auch begutachtende Funktion. Die Linke.Köln bat beide Mitglieder darum, sich im Kuratorium im Sinne der Studenten und Studentinnen gegen Studiengebühren auszusprechen. Schließlich stellten diese viele Studierende vor existenzielle Probleme.

Börschel und Gärtner wurden außerdem gebeten, sich bei Rektor Freimuth dafür einzusetzen, von der Eskalationsstrategie abzurücken und eine breite Beteiligung von Studierenden sicher zu stellen.

Andrea Kostolnik

Die Linke.Köln stellt Anfrage im Polizeibeirat

Die Durchführung des Polizeieinsatzes im Vorfeld der ausgefallenen Senatssitzung war Gegenstand einer Anfrage im Polizeibeirat. 11 Fragen sollten beleuchtet, wieso es zu dieser Eskalation gekommen war.

Wir fragten u. a. nach Versuchen, den Rektor mit friedlichen Mitteln aus dem Gebäude zu geleiten, dem Einsatz der Polizei in Kampfmontur und dem provokant wirkenden Verhalten des Rektors, der de facto durch Wahl eines zu kleinen Raumes die Mehrheit der Studenten (trotz der Öffentlichkeit von Senatssitzungen) von der Sitzung ausschloss.

Die Polizei gab an, voran gegangene Kommunikationsversuche mit den Studenten seien erfolglos verlaufen. Der Einsatz in Kampfmontur und Helm wurde mit Tritten gegen die Beamten, Drängen der Studenten und ihrem Werfen von Wasserflaschen auf die Polizisten begründet. Zur Rolle, die der Rektor Prof. Freimuth bei der Eskalation des Protestes spielte, wollte die Polizei sich nicht äußern.

Andrea Kostolnik

Linkspartei und WASG solidarisieren sich mit Studierenden

Der Senat der Universität zu Köln sollte am gestrigen Mittwoch tagen und es war nicht auszuschließen, dass hierbei auch die Einführung von allgemeinen Studiengebühren beschlossen werden sollte. Daher protestierten Studierende gegen die Senatssitzung und sprachen sich damit gegen Studiengebühren aus.

WASG und Linkspartei teilen dieses Anliegen und unterstützen den Protest der Studierenden. Dieser Protest ist notwendig und legitim.

Im Laufe des Protests kam es zu einem unerfreulichen Polizeieinsatz. Eine Hundertschaft stürmte in das Hauptgebäude, um den Rektor aus dem Senatssaal zu holen. Dieser hatte sich dort zuvor eingeschlossen und so eine öffentliche Auseinandersetzung verhindert. Der Polizeieinsatz wird von WASG und Linkspartei aufs

Schärfste kritisiert. Studierende zu kriminalisieren mag die Taktik und das Ziel des Rektors sein, demokratisch ist es nicht.

Da die Studierenden bei Wahlen und durch Proteste immer gegen Studiengebühren waren, muss sich der Senat gegen Studiengebühren aussprechen oder zurücktreten. In einer demokratischen Gesellschaft gehört es dazu, dass der Senat im Interesse der Studierenden entscheidet.

Linkspartei und WASG begrüßen den Antrag der Ratsfraktion Die Linke zum Polizeieinsatz. Hierin wird eine Überprüfung des Polizeieinsatzes durch die zuständigen Stellen gefordert.

*Gemeinsame Presseerklärung
von Linkspartei.PDS und WASG*

In den Bezirksvertretungen

■ Bezirksvertretung Nippes

Rennbahnbebauung wird instrumentalisiert!

Seit mehr als dreißig Jahren gibt der Rennverein in Weidenpesch an, kurz vor der Pleite zu stehen. Ein merkwürdiger Vorgang, lenkt die finanziellen Geschicke des Vereins doch seit Jahren der AXA-Spitzenfunktionär Kleybold als Präsident, und weitere Banker und Funktionäre, die sich hauptberuflich bei Esch/Oppenheim betätigen.



Dem Verein schwebt – wie der CDU, der FDP, und dem Stadtentwicklungsdezernenten Streitberger – eine Bebauung des Geländes vor. Angeblich könne nur so der Verein und somit das Gelände als Pferderennbahn und Grünfläche erhalten bleiben. Die Mehrheit in Bevölkerung und Politik möchten eine Bebauung, zumindest an der Niehler Straße, verhindern, um so den Fortbestand des Landschaftsschutzgebietes zu erreichen. Die Bürgerinitiative „Grüne Lunge“ hat sogar ein Finanzierungskonzept vorgelegt: Der Rennverein könnte durch eine Teilbebauung an der Scheibenstraße ca. 10 Millionen Euro erwirtschaften.

Doch hierüber will der Verein einfach nicht sprechen und bekommt dazu Schützenhilfe aus den bürgerlichen Reihen. Der Präsident des Vereins durfte im Stadtanzeiger unverhohlen drohen: Wenn man die Niehler Straße nicht bebauen dürfe, lasse man den Verein pleite gehen. Dann wäre das Land NRW Eigner und bebaue das Rennbahngelände. Mit der Grünfläche wäre eben Schluss.

Der Verein weigert sich seit Jahrzehnten, seine finanzielle Situation offen zu legen. Schramma und Streitberger wollen

den Boden nutzen, welcher durch Kleybold im Stadtanzeiger bereitete wurde, um dem rot-grünen Kernbündnis im Stadtrat ins auszuwischen. Sie legten im Stadtentwicklungsausschuss eine willkürliche Vorlage zur Bebauung der Niehler Straße vor, die erwartungsgemäß durchfiel.

OB Schramma scheint darauf zu spekulieren, mit Hilfe der Kölner Meinungsmacher von der Amsterdamer Straße zu sagen: „Seht her! Hier hat die Kölner Volksfront den Rennverein kaputt gemacht und das Gelände somit aufs Spiel gesetzt!“ Das wird ihm aber nicht gelingen. Wenn der

Rennverein tatsächlich insolvent sein wird, übernimmt ein neutraler Insolvenzverwalter die Geschäfte.

Es besteht die berechtigte Hoffnung, dass er eine Lösung findet, die den Rennbetrieb und die „Grüne Lunge“ für den Kölner Norden erhält.

Michael Weisenstein

■ Bezirksvertretung Nippes

Gummi Clouth

Sowohl im Stadtentwicklungsausschuss als auch in der Bezirksvertretung ging das Verfahren zur Bebauung des Geländes in die nächste Runde.

In der Bezirksvertretung wurde noch einmal intensiv über die Zukunft des Geländes diskutiert. Die Nippeser Lokalpolitiker sind sich weitgehend einig und haben noch einmal bekräftigt, was sie für das Gelände wünschen: Einen Platz für Kunst und Gewerbe, keine großflächigen Supermärkte, Erhalt der Grünflächen, kein hoch verdichtetes Wohnsilo wie auf dem EAW-Gelände und die Mitgestaltung durch Politik und Bevölkerung.

Die Verwaltung zeigte sich im Bezug auf diese Vorstellungen verhalten optimistisch: Die Stadt gehe hier neue Wege, indem sie mit den Investoren städtebauliche Verträge abschließen, in welchen die Vorstellungen der Stadt fest geschrieben sind. Der Investor habe sich daran zu halten, man habe mit diesen Verträgen in Köln jedoch noch keine Erfahrungen.

Michael Weisenstein

■ Bezirksvertretung Ehrenfeld

Billy, Ivar und Co. am Butzweilerhof

Der Weg für eine zweite IKEA-Filiale ist frei. Nach dem Stadtentwicklungsausschuss gab jetzt auch die Bezirksvertretung Ehrenfeld grünes Licht für die Änderung des Bebauungsplans. Die Bezirksvertreter machten der Verwaltung allerdings ein paar Auflagen. Umstritten ist das Furniture Competence Center, das die meisten Ausschussmitglieder als unerwünschte Konkurrenz zu den Möbelhäusern an den Ringen ansehen. Außerdem soll sichergestellt werden, dass kein weiterer großflächiger Einzelhandel, z.B. ein Baumarkt auf dem Gelände errichtet wird. Auch soll auf den Investor eingewirkt werden, die Architektur „städtebaulich förderlich“ zu gestalten.

Von der neuen Niederlassung verspricht sich die Stadt 400 neue Arbeitsplätze und Gewerbesteuererinnahmen von jährlich einer Million Euro. Das Investitionsvolumen von 45 Millionen Euro wird z. T. in die Verbesserung der Verkehrsanbindung fließen. Interessant und unbedingt beachtenswert ist in diesem Zusammenhang ein Vorschlag des ADFC, die Stadtbahn mit einzubeziehen.

Helga Humbach

■ Innenstadt

Keine Kürzungen bei Kindern und Jugendlichen

In der Sitzung am 11.5. wurde eine Resolution gegen die geplanten Kürzungen im NRW-Haushaltsentwurf der schwarz-gelben Landesregierung verabschiedet. Die BV erwartet von der Landesregierung und dem Parlament, den Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden so zu entwickeln, dass die Kommunen künftig in der Lage sind, die ihnen durch Gesetze zugewiesenen Aufgaben solide zu finanzieren. Die vorgesehenen Kürzungen im Haushaltsentwurf bedrohen die Qualität der Bildungs- und Förderarbeit in den wesentlichen Jugendhilfeldern. In der jetzigen Situation sind die Kommunen aus eigener Kraft nicht in der Lage, derartige Kürzungen der Landesmittel auszugleichen und die ihnen durch Gesetze übertragenen Aufgaben wahrzunehmen. Damit ist die Existenz vieler freier Träger der Kinder-, Jugend- und Familienbildung durch diese Kürzungen in Gefahr. Sie werden ebenfalls die bereits für Kinder vorhandenen bildungs- und sozialpolitischen Ungleichgewichte durch von den Kommunen erhobene Elternbeiträge in Tageseinrichtungen verstärken sowie zusätzlichen bürokratischen Verwaltungsaufwand produzieren.

Der Resolution stimmten die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und der Vertreter der Linkspartei.PDS zu.

Bahri Gülsen

■ Bezirksvertretung Mülheim

Lärmschutzmaßnahmen für die Hubschrauberlandestation

Die geplante Hubschrauberlandestation auf dem Kalkberg in Köln-Buchforst hatte schon im Vorfeld zu Protesten geführt. Obwohl die Bezirksvertretung dagegen war, stimmte der Rat mehrheitlich für eine Landestation auf dem Kalkberg.

Im Rahmen des Architekturwettbewerbs hat Die Linke in der Bezirksvertretung eine Anfrage gestellt, in der nach geplanten Lärmschutzmaßnahmen und Auswirkungen auf die Notfallmedizinische Versorgung im rechtsrheinischen Köln gefragt wurde. In der Antwort der Verwaltung kommen die vorgesehenen Maßnahmen jedoch nicht konkret zum Ausdruck.

Ein weiteres Problem, das mit dem Umzug der Hubschrauberlandestation aus der Merheimer Klinik entsteht, ist die Verschlechterung der Notfallmedizinischen Versorgung durch den Wegfall von Notärzten und Sanitätern im rechtsrheinischen Köln. Die Antwort der Verwaltung, dass das Personal der bisherigen Hubschrauberlandestation „grundsätzlich für die Luftretung“ eingesetzt wird, bleibt hier sehr mager.

Kemal Bozay

■ Bezirksvertretung Porz

Friedrich-Ebert-Platz im Ausverkauf

Der Ruf der Bezirksvertretung nach einem Gesamtkonzept zur attraktiven Gestaltung der Einkaufszone Porz Mitte war gestern.

Ab heute heißt es: Stückwerk nach Investoreninteressen.

Denn am 18.5. beschloss die BV einen gemeinsamen Antrag von CDU und Grünen, die Planung für den Friedrich-Ebert-Platz von vorneherein nach den Wünschen eines Investors auszurichten.

Gegen diese Selbstabdankung der Stadtplanung in Porz stimmte mit Die Linke.Köln nur die SPD. Pro Köln stimmte mit schwarz-grün.

Im Gegenzug für die Erlaubnis, mitten auf den bisherigen Porzer Marktplatz neue Einzelhandelsflächen bauen zu dürfen, hatte der Investor angeboten, die Sanierungskosten für die marode Tiefgarage zu übernehmen. Wird die ‚Markthalle‘ Wirklichkeit, müsste der Wochenmarkt an den Rand der Fußgängerzone verlegt werden.

Wolfgang Lindweiler

Rechte Hetze gegen Neubau einer Moschee

Einer posaunte – wohl eher unabsichtlich – heraus, warum er und einige Dutzend Gleichgesinnte zur Informationsveranstaltung „Eine Moschee für Köln“ gekommen waren: um zu pöbeln und zu provozieren. „Das interessiert uns doch alles nicht!“ blökte er in die Vorstellung der Verkehrsanalyse hinein. Schon seit Jahren malen Neonazigruppen – nun auch „Pro Köln“ – das Schreckensgespenst einer „Großmoschee“ an die Wand. Seit Jahren existieren mehr als 40 Moscheen in Hinterhöfen und Gewerbegebieten.

Mehrere hundert andere Ehrenfelder interessierte es sehr wohl, was die Vertreter von DITIB, des Stadtplanungsamtes und der katholischen und evangelischen Kirche zu sagen hatten. Die „Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion e.V.“ (DITIB) möchte ihr seit 20 Jahren bestehendes Gemeindezentrum abreißen lassen und an dieser Stelle ein neues, modernes errichten. Der Komplex, für den ein Architektenwettbewerb durchgeführt wurde, soll einen Gebetsaal (Moschee) für 2000 Personen, einen Veranstaltungsbereich für 1500 Personen, eine Cafeteria, einen Jugendclub, einen Schul- und Seminarbereich, ein türkisches Dampfbad, sechs kleine Geschäfte sowie Verwaltungs- und Wohnräume für den Hausmeister und den Vorbeter enthalten. Nicht zu vergessen: eine Tiefgarage mit 110 Plätzen.

Aus den Darlegungen des Verkehrsexperten ging klar hervor, dass durch neue Verkehrsführung und Ampelanlagen (die übrigens vom Bauherrn DITIB bezahlt werden) ebenso wie durch die Tiefgarage die Verkehrssituation an der Ecke eher entspannt wird. Die Befürchtungen von Anwohnern über ein künftiges Verkehrschaos sind unbegründet. Die durchgeführte Ver-

kehrsanalyse hat auch ergeben, dass die Mehrzahl der auch schon jetzt zum Freitagsgebet in die Moschee kommenden Menschen zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln dorthin gelangen.

Auch Gerüchte, durch den Neubau würden Sportplätze wegfallen, entbehren jeder Grundlage. DITIB hat bisher lediglich Interesse an einem kleinen, ungenutzten Stück Land an ihrer Grundstücksgrenze signalisiert. Wie der Generalsekretär der DITIB, Mehmet Yildirim, versicherte, wird auch der Muezzinruf künftig wie bisher nur innerhalb der Anlage zu hören sein.

Wenn jetzt eine angebliche Bürgerinitiative mit offener Unterstützung von „Pro Köln“ ankündigt, 6000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren gegen den Moscheebau sammeln zu wollen, kann das nur als Provokation bezeichnet werden. Dass diese Menschen keine Argumente für das neue Gemeindezentrum gelten lassen, lässt nur den Schluss zu, dass es ihnen nicht um ein konkretes Vorhaben, sondern um rassistische Hetze geht. Darauf ließen auch Störrufe wie „Eurabien“, „Wir werden überrannt“, „Das ist gegen christlich-abendländische Kultur“ oder „Wir sind das Volk“ schließen.

Wie viel Wert diese Rechtsaußen auf die wirkliche Meinung der Bevölkerung legen, zeigte sich übrigens auf der jüngsten Sit-

Ehemalige Zigarettenfabrik Yenidze in Dresden 1909 im Stil einer arabischen Moschee erbaut Keine Proteste aus der Planungsphase überliefert

zung der Bezirksvertretung. Dort stimmte als Einziger der Vertreter von „Pro Köln“ gegen den Antrag der Verwaltung auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung an der Planung für das Projekt des neuen Gemeindezentrums.

Die Ehrenfelder demokratische Öffentlichkeit muss jetzt geschlossen für ein offenes, tolerantes Miteinander der Religionen und Kulturen in ihrem Stadtteil eintreten.

Helga Humbach



Workshop Barmer Block/Bahnhof Deutz:

Drei Entwürfe und kein Konzept

Das workshop-Verfahren zur weiteren Planung des Geländes am Bahnhof Köln-Messe ist beendet. Drei Entwürfe liegen vor, die sich im laufenden Diskussionsprozess immer ähnlicher wurden. Alle Modelle haben den Bedenken der Unesco Rechnung getragen. Eine Bebauung von 40 bis höchstens 60 Metern in der Höhe ist geplant. In allen Modellen ist nach der dritten Entwurfsphase eine Schneise bis zum Rhein vorgesehen.

Entscheidend in der Planung aber ist die Anforderung der Messe nach einer 50 bis 70 Meter tiefen Logistikzone, um den LKW-Verkehr bewältigen zu können. Diese Anforderung war im gesamten Moderationsverfahren unbestritten. Sie zieht unweigerlich den Abriss des Barmer Blocks nach sich. Faktisch hat sich damit die Messe durchgesetzt, der besetzte Häuserblock wird weichen müssen.

Die Interpretation der Initiative Barmer Viertel, es habe sich „in den letzten Sitzungen des workshops eine Fraktion der Vernunft zu Wort gemeldet“ entspricht leider nicht den Tatsachen. Wohnen ist in der Planung nicht ausgeschlossen, aber auch nicht ausschließlich geplant.

Die drei Entwürfe sind auch kein Konzept, sondern eine Art Rahmen- bzw. Musterplanung. Ein Konzept wird erst dann entwickelt werden, wenn die Investoren auf den Plan treten und versuchen, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Erst dann wird klar, ob ein Kongresszentrum, ein Hotel oder eine Musical-Halle entsteht. Der Widerstand der Hausbesetzer allerdings hat erreicht, dass die Diskussion über Wohnungspolitik und bezahlbare Wohnungen in der Öffentlichkeit breit diskutiert wird. Deshalb hat Die Linke.Köln auch in einem Antrag eine sofortige Bürgerinformation und eine Bürgerbeteiligung für den Herbst gefordert.

Jörg Detjen

Hände weg vom Barmer Viertel!

Die Räumung der besetzten Häuser im Barmer Viertel zwischen Bahnhof Deutz und Messe rückt näher. Die Häuser sollen abgerissen werden. Geplant sind Bürogebäude, eventuell ein Messe-Kongresszentrum und eine Musical-Halle.

Es ist nicht klar, ob sich Investoren finden. Leerstehende Büros gibt es in Köln schon genug, ein Messekongress-Zentrum würde nur Verluste verursachen. Planungsdezernent Streitberger meint, das Gelände sei „attraktiv, aber schwierig“, es könne „mehrere Jahre dauern“, bis das gesamte Gelände bebaut ist.

Mit seinen Äußerungen von der schwierigen Vermarktung drückt Streitberger sogar den Verkaufspreis des städtischen Geländes und arbeitet damit den privaten Investoren zu. Am Ende werden im Barmer Viertel städtische – unsere! – Gelder vergraben, die üblichen Investoren werden sich zum Schnäppchenpreis Sahnestücke sichern.

2005 wurden 32% weniger Wohnungen in Mehrfamilienhäusern fertig gestellt als im Jahr zuvor: gerade einmal 1.358 Stück. SPD und Grüne haben vollmundig verkündet, den Wohnungsbau anzukurbeln. Bisher ist nicht viel passiert. Stattdessen werden im Barmer Viertel 381 günstige, gut erhaltene Wohnungen platt gemacht. Wer das Viertel zerstört, kann nicht behaupten, den Wohnungsbau fördern zu wollen. Die Mieten in Köln sind weiterhin unverschämte hoch, viele Menschen suchen bezahlbare Wohnungen.

Der bisherige Eigentümer, der Erbbaurechtverein (EBV), soll im

Auftrag der Stadt die Räumung veranlassen. Dabei scheint er zu rabiatischen Methoden zu greifen: obwohl für die Räumung bewohnter Häuser ein richterlicher Beschluss nötig ist, versuchen wohl vom EBV beauftragte Angehörige eines Sicherheitsdienstes in bewohnte Häuser im Barmer Viertel einzudringen. Eine Gruppe Neonazis, die mit Hitler-Gruß vor den Häusern posiert haben, hat sich mit Angehörigen des Sicherheitsdienstes offensichtlich gut verstanden. Weitere Provokationen dieser Art sind zu erwarten.

Die Randalierer sitzen nicht im Barmer Viertel, sondern in Politik und Verwaltung. CDU, SPD, Grüne und FDP wollen die Wohnungen zerstören. Sie machen „Stadtentwicklung“ für die Profitinteressen privater Investoren.

Die Besetzerinnen und Besetzer tun das einzig Richtige: sie schützen mit viel Engagement öffentliches Eigentum und verteidigen günstigen Wohnraum.

Die Kölnerinnen und Kölner brauchen nicht noch mehr Büroflächen oder windige Großprojekte, sondern Wohnungen und Arbeitsplätze. Die Abrisspläne des Barmer Viertels müssen gestoppt, die Wohnungen erhalten und renoviert werden.

Claus Ludwig, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Bei Räumung DEMO!

Am Tag der Räumung um 18.00 Uhr vor dem Eingang des Deutzer Bahnhofes (Ottoplatz).

Bei Beginn der polizeilichen Räumung wird es sofort Proteste vor den Häusern geben.

Aus den Ausschüssen:

■ Ausschuss Bauen und Wohnen

Köln, der Wohnungsbau und das Barmer Viertel

Auf der Sitzung am 8.5.2006 wurde über die Mitteilung der Verwaltung zum Wohnungsbau in Köln diskutiert. Allgemein wurde der Rückgang der Wohnungsbautätigkeit im Vorjahr bejammert. Gegenüber 2004 ging die Zahl der Wohnungsfertigstellungen um 30% zurück, bundesweit nach Angaben des statistischen Bundesamtes nur um 14%. Im Jahr 2005 wurden insgesamt 2306 Wohnungen fertig gestellt. Es

wurde nichts darüber gesagt, wie viele Wohnungen im betreffenden Jahr vernichtet wurden.

Ein Beispiel für geplante Wohnraumvernichtung ist das Barmer Viertel. Ohne klare Bebauungsplanung wurde beschlossen, 381 intakte Wohnungen abzureißen, auf die Gefahr hin, dass dort für Jahre der teuerste Parkplatz Kölns entsteht. Ins Verhältnis gesetzt entspricht diese Zahl einem Sechstel, rund 16,5% der im Vorjahr fertig gestellten Wohnungen.

Weiter abgenommen hat der Anteil an öffentlich geförderten Sozialwohnungen.

Im Jahr 2004 lag deren Anteil am gesamten Wohnungsbestand mit 59.281 Wohnungen noch bei 11,3%. Ende 2005 ist dieser Anteil durch das Auslaufen der Sozialbindung von etwas mehr als 2300 Wohnungen auf 10,7% gesunken.

Ein CDU-Ausschussmitglied beklagte denn auch, dass durch Hartz IV die Stadt Köln 250 Mio. Euro im Jahr aufbringen müsse und niedrigere Wohnkosten deshalb wünschenswert wären. Dass die Stadtpolitik an dieser Entwicklung keinen unerheblichen Anteil hat, erwähnte er nicht. Die hohen Grundstückspreise in Köln, die ja bekanntlich gottgegeben sind, seien an allem schuld.

Bernd Weber

■ Ausschuss Soziales und Senioren

Schulbegleitung in der Regel nur noch durch Hilfskräfte

Schon vor einem Jahr stand das Thema Schulbegleitung an. Damals hatte die Sozialverwaltung entschieden, behinderten Kindern im Rahmen der Sozialhilfe lediglich Schulbegleitung durch Hilfskräfte zu gewähren. Auf Grund zahlreicher Proteste hatte die Sozialdezernentin Frau Bredehorst die Maßnahme zunächst ausgesetzt.

Mit einer neuen Vorlage und der Antwort auf eine Anfrage unserer Fraktion ist die Bedenkzeit beendet. Das Eckpunktepapier ist zwar wesentlich ausführlicher und detaillierter als die Informationen, die damals Eltern und Träger erhalten haben. Leider hat sich die eingeschlagene Richtung durchgesetzt.

„Nur im Einzelfall“, so heißt es in der neuen Vorlage, „kann es bedarfsgerecht sein, dass Schulbegleitung durch eine Fachkraft wahrgenommen wird“. Maßgeblich ist nicht mehr die fachliche Ausbildung eines/r BegleiterIn, sondern seine/ihre „menschliche Befähigung“, sich „anlernen zu lassen“. Die neue Vorlage übertrifft sogar noch die alte, wenn es dort heißt: „Im Ausnahmefall“ muss der Schulbesuch ei-

nes/r SchülerIn „auch ohne Schulbegleitung möglich sein.“ Und im Gemeinsamen Unterricht (GU) braucht „in der Regel“ ein/e SchülerIn gar keine Schulbegleitung. Damit ist die Gangart noch härter geworden.

Die Hintergründe sind eindeutig finanzieller Natur. Schließlich erhalten Fachkräfte pro Stunde 32,75 Euro, Hilfskräfte aber nur 18 Euro. Eine Stadt, die sich Barrierefreiheit auf die Fahne geschrieben hat, müsste eigentlich für fachlich qualifiziertes Personal argumentieren und Hilfskräfte nur als Ausnahme zulassen.

Michael Kellner

■ Ausschuss Kunst und Kultur

Überfällig: Haus und Museum der Jüdischen Kultur

Es hat schon etwas tief Überzeugendes an sich: der Bau und Betrieb eines Hauses und Museums der Jüdischen Kultur unter dem Schutz des Genius Loci am Rathausplatz. Hier sprudelte vor fast einem Jahrtausend die Lebensquelle jüdischer Kultur diesseits der Nordalpen, bevor sie im Zuge verschiedener Pogrome jäh versiegen musste.

Gegen alle traditionellen Vorurteile, gegen alle gestrigen Denkweisen und gegen weitgehende Unkenntnis der jüdischen Religion und der Geschichte dieses Kulturkreises, soll nun endlich vollzogen werden, was in Köln mehr als überfällig ist – eben die Errichtung einer Stätte, wo im lebendigen Austausch Brücken zwischen den Weltanschauungen gebaut und Toleranz und Akzeptanz entwickelt werden kann.

Wann der erste Spatenstich erfolgen kann, hängt nicht zuletzt davon ab, ob und wie man sich einvernehmlich auf einen

Neubau auf oder am Rathausplatz einigt. Dabei können die zuvor genannten Tugenden schon einmal handfest eingeübt werden. Planung und Bau hängen aber auch direkt mit der Aufschließung der dort befindlichen zahlreichen archäologischen Bodendenkmäler im Rahmen der Landesinitiative „Regionale 2010“ zusammen. Fördermittel des Landes hierzu stehen bereit, nicht aber für den Bau und Betrieb des Neubaus. Die Stadt kann sich finanziell nur mit der erbaurechtlichen Überlassung eines Grundstücks beteiligen. Mehr gibt der Haushalt mittelfristig nicht her.

Die Mittwochsrunde der Fraktion sprach sich am 10.5.2006 unter dem überzeugenden Eindruck der eine Woche zuvor durch den Förderverein erfolgten Projektbeschreibung für ein positives Votum aus und empfahl ihren Ratsmitgliedern, für den umfassenden gemeinsamen Beschlussantrag der Fraktionen von SPD/Grünen/



Blick auf den Rathausvorplatz

FDP zur Ratssitzung am 18.5.2006 zu stimmen.

Wolfgang Breuer



Proteste im Sozialausschuss

Fotos: Hans-Dieter Hey



Platzj abbeck

Bitte **kostenlos** schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Linken.Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

Die Linke.Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

8 Euro Mindestlohn – Gesetzlich garantiert!

Der Niedriglohnsektor hat viele Gesichter: Mini-Jobs, tarifliche Niedriglöhne von Beschäftigten in „Normalarbeitsverhältnissen“, Dumpinglöhne in Form untertariflich bezahlter Beschäftigung, Billiglöhne von Akademikern, Niedriglöhne in Zeitarbeitsfirmen usw. Auch in der rheinischen Metropole Köln steigt die Niedriglohnbeschäftigung immer weiter an. In der gesamten Bundesrepublik arbeiten derzeit 21 Prozent aller Beschäftigten de facto in Vollzeitjobs zu Niedriglöhnen. Betroffen von dieser Situation sind vor allem Frauen, jüngere Personen und Migranten, aber auch qualifizierte Arbeitskräfte werden immer mehr zu Beziehern von Armutslöhnen.

Dies kommt in einer Studie des DGB zum Thema „tarifliche Niedriglohnbeschäftigung in Köln“ zum Ausdruck, in der die starke Differenzierung der Löhne im unteren Bereich skizziert wird. Die niedrigsten Löhne werden mit 5,18 Euro im Hotel- und Gaststättengewerbe gezahlt, gefolgt von privater Hauswirtschaft und Dienstleistungszentren mit 6,43 Euro pro Stunde. Im

Wach- und Sicherheitsgewerbe ist der niedrigste Stundenlohn 7,07 Euro, im Gebäudereinigerhandwerk liegt er bei 7,87 Euro.



Gerade diese Entwicklung macht die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn immer notwendiger, der eine Mindestanforderung an eine sozial gerechte Gegenleistung für Erwerbsarbeit darstellen muss.

Deshalb fordert DIE LINKE im Rahmen einer Kampagne als Einstieg mindestens 8 Euro brutto pro Arbeitsstunde. Damit läge das Netto-Entgelt bei Vollzeitarbeit mindestens auf der Höhe der Pfändungsfreigrenze von derzeit 985 Euro. Um Arbeit trotz Armut zu verhindern, muss der Mindestlohn kontinuierlich steigen. Gleichzeitig will DIE LINKE, dass tariflich vereinbarte Löhne, die oberhalb des Mindestlohns liegen, per Gesetz zum branchenspezifischen Mindestlohn werden.

Im Rahmen der Kampagne „8 Euro Mindestlohn – Gesetzlich garantiert“ wird auch die Ratsfraktion DIE LINKE.KÖLN das Thema der wachsenden sozialen Spaltung weiterhin zu einem ihrer Schwerpunkte machen und Aktionsfelder entwickeln.

Kemal Bozay

GgS eröffnet Büro in Kalk

Am 13. Mai hat „Gemeinsam gegen Sozialraub“ ein Ladenlokal im Stadtteil Kalk eröffnet. Rund 70 Mitglieder und Freunde von GgS sowie AnwohnerInnen nahmen bei Kaffee, Bier, Reibekuchen, Salat und einigen kurzen politischen Reden an der Eröffnungsparty teil. Das Büro soll dabei helfen, vor allem im Stadtteil Kalk, aber auch insgesamt in Köln, den sozialen Widerstand zu stärken. Es umfasst einen PC-Raum und einen Sitzungsraum für kleinere Treffen (bis ca. 20 Leute). Es ist daran gedacht, dort ein Arbeitslosen-Frühstück zu veranstalten und politische Filme zu zeigen. Politische Gruppen und Initiativen können den Raum für Treffen für geringes Entgelt mieten.

Die Lage in der Steprathstraße ist sehr gut. Die Straße ist verkehrsberuhigt aber sehr lebendig. Bei einem Informationsstand direkt vor dem Büro sind viele Leute stehen geblieben und haben mit uns diskutiert.



Claus Ludwig

Foto: Hans-Dieter Hey